

genommen habe, in welscher Nähe die Rechtsicherheit des Berufsbeamtenstandes gefährdet worden sei. Außerdem schilderte er den Ernst der finanzpolitischen Lage, vor allem in Ländern und Gemeinden. Er sprach sich grundsätzlich für das Berufsbeamtenstandes aus, vor allem aber für die Wiederherstellung der Rechtsicherheit der Beamenschaft.

„Die Mark bleibt im Inland“

„Innerhalb weniger Monate ist in der deutschen Wirtschaft die Devisenbewirtschaftungsstelle ein Begriff geworden, der aus ihr nicht mehr fortzudenken ist. Ich möchte sie mit einem hohen und sicheren Damm vergleichen, der das Land gegen die Gefahr der Sturmfluten schützt.“

Dieser letzte Satz, den der Beamte der Devisenbewirtschaftungsstelle mir gegenüber am Schreibtisch spricht, wirkt zuerst etwas pathetisch inmitten eines Raumes voller Aktienkapel, alter Regale und verstaubter Bürostühle. Aber bald wird man eines Besseren belehrt: hier ist man alles andere als bürokratisch.

Man hat mit vorbildlicher Schnelle und Großzügigkeit eine Organisation der Abwehr geschaffen, die auf Anweisung der Reichsbank und der Reichsregierung gegen alle Inflationen verfährt, für die Wertbehaltigkeit der deutschen Mark kämpft.

Es ist nicht zu vermeiden, daß die Tätigkeit einer Zwangsdevisenbewirtschaftungsstelle für Devisen der freien Wirtschaft Fesseln anlegt, aber diese Schwierigkeiten stehen in keinem Verhältnis zur Größe der Aufgabe, Währung und Wirtschaft zu erhalten. Wie hat sich diese Abwehrstelle in den wenigen Monaten ihres Bestehens bewährt? Die Antwort auf diese Frage wird hier durch mehrere praktische Beispiele gegeben.

In Konstanz will ein alterer, gut aussehender Herr die Grenze überschreiten. Das ist um so weniger absonderlich, als die Grenze mitten durch die Stadt läuft. Die deutsche Grenzkontrolle begnügt sich damit, Grenzschutze zu prüfen. Der Herr zeigt ordnungsgemäß seinen Grenzschein vor. Da legt sich ihm eine Hand schwer auf die Schulter. „Bitte, folgen Sie uns!“ Der Mann wird in ein Haus geführt. In der Vorkammer befindet sich nur wenig Bargeld. Der Beamte tastet die Kleider ab, hört ein Knistern und

zwischen dem Futter holt man 80 Tausend Markscheine hervor.

Der Verhaftete ist faßungslos. Wie konnte man gerade ihn unter Hunderten, die die Grenze passieren, herausfinden? Das Geheimnis wird nicht verraten. 14 Tage später bereits ist der Verhaftete vom Devisen-Schnellschiffen gerichtet in München zu acht Monaten Gefängnis, Geldstrafe von 150 000 RM. Geldstrafe verurteilt —, obwohl dieser Mann bisher einen guten Namen hatte.

Im Kochener Stadtwald versuchen an einem schönen Sonntagmorgen beim Spazierengehen drei Herren und eine Dame die Grenze zu überschreiten, wie es alle anderen auch tun, denn der größte Teil des Stadtwaldes liegt bereits auf belgischem Gebiet. Einige andere Herren folgen ihnen und stellen sie dicht vor der Grenze. Wieder findet man bei den anscheinend harmlosen Spaziergängern Geld und größere Mengen kostbarer Brillanten. Wieder erfolgte die Aburteilung ein paar Wochen später. — Die Statistik lehrt, daß täglich an der Grenze Menschen aus dem Zuge oder aus Automobilen geholt werden oder daß man sonst irgendwie an der Grenze Menschen verhaftet, bei denen sich Mark, Devisen oder Sachwerte finden. Es hilft nichts, daß der Automobilist eine große Summe ganz klein zusammengepreßt im Verteller der Lichtmaschine seines Autos verbirgt, es hilft nichts, daß die Devisenstücke, bevor sie die Geldschutze in das Knastgitter nähen, sie nähen, um das Knistern zu verhindern. Sie werden beim Uebertritt gefaschnappt — oder später.

Die Abwehrarbeit gegen die Devisenschleiber beginnt nicht etwa erst an der Grenze.

Besondere Kontrollorgane verfolgen an der Börse, vor allem aber bei kleineren und mittleren Privatbankiers, die zu einem erfreulich hohen Prozentsatz zur Reichsregierung halten, alle verdächtigen Bewegungen. So geht dem Devisenschleiber sehr oft schon ein Telegramm zur Grenze voraus, in dem die Verhaftung angeordnet wird. Die Stellen, bei denen man sich in Deutschland Devisen beschaffen kann, sind eng begrenzt. Die Reichsbank bewacht scharf alle Exportbetriebe, und sie untersucht schon dann, wenn Beträge für deutsche Firmen auf ausländischen Banken deponiert werden, die Frage der Devisenablieferung. Da die Devisenkanäle im Inland sehr eng fließen, kann man sie genügend überwachen.

Wollte es dem Devisenschleiber aber wirklich, Geld oder andere Werte ins Ausland zu schaffen, so ist er noch keineswegs gestoppt, denn der deutsche Ueberwachungsdiens im Ausland, die Ueberwachung der Banken, Makler usw. (soweit sie mit Deutschen Geschäfte machen), auch die Ueberwachung des Privatlebens der Deutschen im Ausland ist geradezu überaus organisiert.

Wenn in diesem Jahre auf Grund der letzten Steueramnestie mehr als 3 Milliarden deutsches Vermögen aus dem Ausland nach Deutschland zurückgeflohen sind, so ist das

in der Hauptsache diesem deutschen Ueberwachungsdiens zu verdanken.

Wenn Herr X in Paris in einem vornehmen Hotel lebt, ohne daß ihm von der Devisenbewirtschaftungsstelle aus genügend Devisen bewilligt worden sind, so weiß das die Zentralstelle ebenso wie die Zollfahndung. Frau Y als Reichsdeutsche in Basel ein Haus erworben hat. Nehren die Betreffenden wieder über die Grenze zurück — und das tut der weitaus größte Teil der Devisenschleiber — so erleben sie eine unangenehme Ueberwachung. Bleiben sie dort, so dürfen sie nie mehr nach Deutschland zurück und ihr im Inlande befindliches Vermögen wird beschlagnahmt.

Wie weit hat die Devisenbewirtschaftungsstelle bisher nun ihre Netz ausgebreitet?

Unvergessenes deutsches Land! Zehn Jahre Polnisch-Oberschlesien

Anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr des Tages, an dem am 15. Juni 1922 Ostoberschlesien an Polen übergeben wurde, erlassen die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier e. V. einen Aufruf an alle Deutschen, in dem es u. a. heißt:

„Früh, wie vor zehn Jahren, ist Oberschlesiens und Gesamtdeutschlands Schmerz um den Verlust der blühenden und in materieller Hinsicht kaum einschätzbaren Provinz.

Ungehindert die Trauer um Hunderttausende Brüder und Schwestern, die durch den unerbittlichen Raubspruch fremder

Selbstverständlich schlüpf hier und da noch ein Devisenschleiber durch. Aber das Wesentliche ist es, daß das Bewußtsein der Ueberwachung und die innere Unsicherheit derjenigen, die Geld aus dem Lande schaffen wollen, so groß ist, daß die Devisenbewirtschaftungsstelle heute keine entscheidende Gefahr mehr darstellt.

Wenn keine Mark im Ausland in größerer Menge vorhanden ist und nicht gehandelt wird, dann kann die deutsche Währung gar nicht absinken. Und

tatsächlich ist es durch die deutsche Inflationsschutzwehr gelungen, daß die Mark in größeren Mengen im Auslande überhaupt nicht gehandelt wird.

Dies beweist am besten die Erfolge der Devisenbewirtschaftungsstelle. Reichsregierung und Reichsbank arbeiten in dieser Organisation erfolgreich zusammen. P. S.

Staatsgewalt übernimmt wurden. Deutsche Menschen sind in namenloses und unvorstellbares Elend gestochen. Die Arbeitsstätten tausender Menschen sind verloren, die abgetrennten Brüder und Schwestern politischer und kultureller Not überantwortet.“

Ferner richten die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier einen Aufruf an ihre ober-schlesischen Volksgenossen, die darin aufgefordert werden, am kommenden Mittwoch um 12 Uhr zum stillen Gedenken an das verlorene Ostoberschlesien auf einen Augenblick Handel und Verkehr ruhen zu lassen. Die Flaggen sollen auf den öffentlichen und privaten Gebäuden auf Halbmast gesetzt werden, und die Kirchenglocken sollen um die Mittagshunde in dem Schmerz um das verlorene Land verkünden.

Gesamtlösung und Gleichberechtigung Nur unter diesen Gesichtspunkten können wir in Lausanne verhandeln

Einmütigkeit im Reichskabinett

In der Ministerbesprechung zur Vorbereitung der Lausanner Konferenz wurde die Einmütigkeit der Kabinettsmitglieder in bezug auf die von der deutschen Delegation einzunehmende Haltung festgestellt. Der Reichskanzler wird während seiner Abwesenheit durch den Reichsminister des Innern Freiherrn von Gagl vertreten werden.

Die Grundstimmung, die über die Möglichkeit der Lausanner Konferenz in den herrschenden Berliner politischen Kreisen herrscht, kann man vielleicht am besten als gedämpft zuversichtlich bezeichnen. Das bedeutet allerdings noch keineswegs eine Ueberstimmtheit mit dem Optimismus, der — Stimmungsmache? — in einem Teil der englischen und französischen Presse zur Schau getragen wird.

Der Standpunkt, den die deutsche Delegation in Lausanne einnehmen wird, ist durch die bisherige Außenpolitik des Kabinetts Brückung und durch die Regierungserklärung des Kabinetts von Vapen klar umrissen.

Die deutsche Außenpolitik erstrebt in Lausanne eine Gesamtlösung der beiden großen Probleme, die zurzeit die Welt unheilvoll beherrschen: Tribute und Abrüstung.

Im Sinne der Wiederherstellung der vollen politischen Gleichberechtigung Deutschlands, die Sicherung vollster Freiheit für Deutschland und die wirtschaftliche Wiedergenesung für die ganze Welt.

Die Konferenz wird ihre Aufgabe nach der deutschen Auffassung nicht erfüllen, wenn sie sich wieder nur mit einer kurzfristigen Zwischenlösung begnügen wollte.

Sie wird deshalb neben der Aufräumung des uns am meisten berührenden Tributproblems sich auch zu befassen haben mit dem Fragenkomplex der interaktivsten Schulden und mit den großen wirtschaftspolitischen Fragen, die durch die Weltwirtschaftskrise aufgeworfen sind.

Zum Schlagwort geworden: Allgemeine Schuldentilgung

London, 14. Juni (Radio). Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß die Ergebnisse der englisch-französischen Besprechungen in Paris weitgehend und bedeutungsvoller gewesen seien, als amtlich

angegeben werde. Grundsätzlich besteht keine Meinungsverschiedenheit mehr zwischen der englischen und französischen Regierung über die Zusammengehörigkeit der Reparations- und Kriegsschulden. Beide Regierungen stimmten darin überein, daß die Lösung, auf die man hinstreben müsse, in einer allgemeinen Streichung zu suchen sei.

Frankreich bestrebe nicht mehr auf einem Reparationsüberschuß für sich selbst.

Verschiedenheiten in der Auffassung bezüglich sich lediglich auf die Fragen, welche Methoden die geeignetsten seien und wann frühestens eine Lösung herbeigeführt werden könne. Nach der Auffassung von London, das mit Rom und Berlin übereinstimme, müsse der Welt, wenn keine sofortige absolute und endgültige Regelung verkündet werden könne,

eine endgültige Versicherung gegeben werden, daß man sich auf eine solche Regelung in einer moralisch bindenden Form geeinigt habe

und daß irgendwelche Verzögerungen hinsichtlich der rechtlichen und praktischen Inkraftsetzung lediglich eine Sache diplomatischer Technik seien. Unter diesen Umständen werde wahrscheinlich die Lausanner Konferenz bei der Vorbereitung des Memoratoriums einstimmig die Meinung zum Ausdruck bringen, daß die einzig gesunde und praktische Lösung für die ihr vorgelegten Fragen nur in einer allgemeinen Schuldentilgung bestehe.

„Morningpost“ verlangt von Frankreich, daß es nicht mehr das Beiwort „gebetet“ für Reparationsschulden anwenden soll, die doch nicht mehr bezahlt würden. Dann würde die Lösung einer sehr unheiligen Frage wesentlich leichter werden.

Vorgeschätzter Verzögerungsgrund

Die Untergesandte „Volonté“ schreibt, wenn man in der Reparationsfrage eine große Geste vollziehen wolle, so müsse sie allgemein sein und sich auf alle Schulden ausdehnen. Da die Amerikaner jedoch erst Ende dieses Jahres an die Wahlurnen schreiben, bleibe für Europa nur die einzige Möglichkeit, das Memoratorium bis dahin zu verlängern und es gleichzeitig so erträglich wie möglich zu gestalten. Diese Aufgabe könne in Lausanne in höchstens 10 Tagen bewältigt werden. Frankreich werde in Lausanne noch einmal darauf hinweisen, daß es so weitberätig und großzügig wie nur eben möglich handeln wolle. Die Möglichkeit einer endgültigen Lösung liege jedoch in den Händen der deutschen und amerikanischen Wählerschaft.

Herr Groener bittet ums Wort

Der frühere Reichswehrminister Groener übergibt der Presse folgende Erklärung: „In einem Teile der Presse wird behauptet, daß die vom Oberreichsanwalt festgesetzte Unmöglichkeit, auf Grund der aufgefundenen Befehle der nationalsozialistischen SA über Grenzverteidigungsmassnahmen ein Vorgehen vorzunehmen gegen Teile der SA, einseitigen, der Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA, die Grundlage entzogen habe. Demgegenüber wird darauf hingewiesen,

daß der einzige Verbotgrund für die Auflösung der SA, die Gefahr für die Staatsautorität war.

In der Begründung für die Auflösung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen heißt es ausdrücklich, daß der Ausgang der politischen und gerichtlichen Verfahren nicht abgewartet zu werden brauche, da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolge und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfang strafbare Handlungen einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.“

Die Anzeige wegen Landesverrats ist von der zuständigen Polizeibehörde ohne Beteiligung von Regierungsstellen erstattet worden.

Lord Rothermere nimmt Fühlung in Berlin

Lord Rothermere, nicht nur bekannt als Besitzer des großen englischen Zeitungsdrucks, dessen Kern die „Daily Mail“ bildet, sondern auch als temperamentsvoller Verteidiger der Interessen derjenigen Länder, die durch den Versailler Vertrag geschnitten sind — in Erinnerung ist sein Eintreten für Ungarn —, befindet sich zurzeit in Berlin, um hier mit einer Reihe führender Persönlichkeiten der neuen Regierung Fühlung zu nehmen. Seine Berliner Erfahrungen und Eindrücke und den Inhalt seiner diesigen Unterredungen will er in einer Reihe von Artikeln in der „Daily Mail“ veröffentlichen.

Ein moralischer, aber kein praktischer Erfolg

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hielt am Montag vor einer Abordnung privater internationaler Verbände für die Abrüstung eine Rede über den Stand der Abrüstungskonferenz. Er sagte dabei u. a.: Die Abrüstungskonferenz hat zum Teil ihre Aufgabe schon erfüllt, da es kein verantwortlicher Staatsmann heute mehr wagt, zu erklären, daß sein Land vollständig abgerüstet ist. Eine einseitige Beschränkung der Rüstung auf den gegenwärtigen Stand ist heute völlig unannehmbar. Eine wesentliche und allgemeine Herabsetzung der Rüstungen wird heute immer dringlicher von der öffentlichen Meinung in der Welt gefordert. Der Augenblick der unvermeidlich gewordenen großen Entscheidungen ist jetzt gekommen.

Diesmal in London

London, 14. Juni (Radio). Am 1. Juli findet in London eine Konferenz der Mittelhauptländer Deutschlands und der deutschen Schuldner statt. Auf ihr soll ein Ueberblick über die Lage genommen, die Möglichkeit von weiteren Rückzahlungen besprochen und Fragen geregelt werden, die sich aus der Anwendung des Abkommens ergeben. Sollte Lausanne zu einem Beschluß werden, so würde auf dieser Konferenz vorwiegend auch die Frage einer Aufhebung des Transfers auf die aus Ausland abzuführenden Verbindungen zu besprechen sein.

Parlamentsauflösung in Rumänien

Die Montagsummer des Amtsblattes bringt die Verordnung über die Auflösung des rumänischen Parlaments. Die Kammerwahlen werden am 17. Juli, die Senatwahlen am 20. Juli stattfinden. Das neue Parlament tritt am 30. Juli zusammen.

Razzia auf Goldvorräte in Chile

Die neue chilenische Regierung hat nunmehr formell die Verwaltung der früheren Zentralbank übernommen, die von jetzt an Staatsbank heißt. Die Polizei hat Hausdurchsuchungen bei fünfundsünfzig privaten Goldbankstellen vorgenommen und Wertgegenstände für rund eine Million Pesos beschlagnahmt, für die den Besitzern Cultivierung ausgestellt wurden. Die Hausdurchsuchungen werden fortgesetzt.

Die chilenische Regierung hat eine Verordnung erlassen, die den ersten Schritt zur Verstaatlichung des Erziehungswesens und der Theater darstellt. Ferner steht die Verordnung die Einsetzung eines Ausschusses vor, der die gesamte chilenische und ausländische Presse zu überwachen hat.

Wettervorhersage.

Zeitweise auffrischende Winde. Vorwiegend wolfig. Temperaturverhältnisse kaum geändert. Gewitterneigung.